

zu rühren, an denen das Land leidet: Madame Aubry's 35-Stundenwoche oder die versprochene Minderung des Rentenalters von 62 auf 60 Jahre.

Was aber wird mit der bisherigen Parteichefin Martine Aubry, der nicht nachgesagt wird, dass sie für Europa mit jener produktiven Leidenschaft kämpfe, die ihren Vater, den großen Jacques Delors, einst auszeichnete? Zwar kandidiert sie nicht für die Nationalversammlung, aber es ist deutlich genug, dass sie mit einer Führungsfunktion liebäugelt. Und Ségolène Royal? Könnte die Mutter der vier Kinder Hollandes mit der Präsidentschaft der Nationalversammlung abgefunden werden?

Die Deutschen müssen demgegenüber über so manchen Schatten springen, ehe sie dazu bereit sind, sich in eine Föderation einzufügen. Indes, der Gedanke an eine Solidargemeinschaft sollte ihnen vertraut sein: Man denke nur an den gewaltigen Finanztransfer Richtung Osten, der historisch ohne Beispiel ist. Oder an die schier

unglaubliche Tatsache, dass unser blühendes Bayernland bis in die 90er Jahre hinein im Finanzausgleich der Länder zu den Empfängern zählte. Die Griechen, notabene, sind manchem Schwaben (auch wenn sie nicht Hölderlin heißen) vielleicht sogar näher als die seltsamen Wesen, die den Bayrischen Wald bevölkern.

Auch wenn sämtliche Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes im Kopfstand mit den Beinen wirbeln: Sie werden keine schlüssige Antwort auf die Frage präsentieren, warum der Weg zur Europäischen Union (und damit manches Element einer Föderation) mit dem Grundgesetz vereinbar war – jeder weitere Schritt jedoch eine Verfassungsänderung verlange. Auch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten konnte im Rahmen des Grundgesetzes vollzogen werden. Damals galt (wie heute): Ohne das vereinte Europa hätte es das vereinte Deutschland nicht gegeben – und Deutschland würde ohne Europa zugrunde gehen. ■

Olaf Schwencke

Europäischer Kulturstaat Deutschland?

Nicht Halbierung, sondern Verdoppelung des Kulturetats lautet das Gebot der Stunde

Alle aktuellen Stichworte der Politik sind hinreichend bekannt: Fiskalpakt, Sparpakete, Schuldenbremse, Euro-Rettungsschirme, Klimawandel, Energiewende etc. Mancher Beobachter, beispielsweise aus dem Nahen oder Fernen Osten, aus den USA oder China, reibt sich verwundert die Augen: War da nicht noch etwas anderes, das sich mit dem »Projekt Europa« verband?

Olaf Schwencke

war u.a. MdB, MdEP, Initiator und Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft und ist Professor für Kultur-, Politik- und Europawissenschaften. Seine wichtigste Publikation: *Das Europa der Kulturen.*



Hatten sich die Europäer nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, des Holocausts und der Nazidiktatur nicht auf Frieden, Demokratie und Freiheit festgelegt und eine Werteskala der Kultur errichtet? »Wenn auch die direkten Gründe für die (angestrebte) Einheit wirtschaftlicher und politischer Natur sind, so ist doch gleichermaßen

sicher, dass die Einheit Europas vor allem kultureller Natur ist [...] Sie [die Kultur] macht die Größe Europas aus«, hieß es damals. Kultur sei »die Gesamtheit aller (Zukunfts-)Träume und Mühen, die auf die volle Entfaltung des Menschen ausgerichtet ist«, hatte Denis de Rougemont, der Vordenker europäischer Kulturpolitik, Ende der 40er Jahre formuliert.

Und derzeit, im Zeichen wieder wachsenden Wohlstands, sollten die Deutschen auf halbe Kulturkost gesetzt werden, wie die Autoren des Buches *Der Kulturinfarkt* dekretieren?

Kultur ist in Deutschland ein »öffentliches Gut« – eine Erkenntnis, die sich in den 70er Jahren durchsetzte – und sollte daher »für alle« verfügbar sein. Warum, so polemisierten wir damals in den sozial-liberalen Aufbruchsjahren, sollte nach dem Motto »Wohlstand für alle« der Ludwig-Ehrhardt-Jahre dies nun nicht auch im Zuge von Willy Brandts »Mehr Demokratie wagen« für die Kultur gelten? Allerdings konnte das keine herkömmliche bourgeoise Kulturpolitik leisten, sondern nur eine erweiterte, eine dynamische, eben eine »neue Kulturpolitik«.

Sicher seinerzeit ein ambitioniertes Projekt, jedoch ein weitgehend zukunftsweisendes, das sich zwar heute noch nicht im Sinne einer »Kultur für alle« voll erfüllt hat, doch alles andere als »gescheitert« ist.

Beginn der Neuen Kulturpolitik

Das Umdenken in der Kulturpolitik begann (west)europaweit in den 70er Jahren mit der Arbeit des Straßburger Europarates und der bundesdeutschen Reaktion in Form der *Plädoyers für eine neue Kulturpolitik* (1974). Dazu hatten 25 Autoren, die damalige Avantgarde der Kulturpolitik in Deutschland und dem europäischen Ausland, erste Umriss einer »neuen« Kulturpolitik skizziert – zumeist bereits in

den Loccumer Beiträgen seit 1970 in den Kolloquien vorgestellt: »Alle Plädoyers laufen letztlich auf eine Öffnung der Kultur für breitere Bevölkerungsschichten, auf eine Intensivierung neuer soziokultureller, kommunikativer und ästhetischer Aktivitäten hinaus«. So haben wir damals nach den 68er Aufbruchsjahren Aufgaben und Ziele einer neuen Kulturpolitik formuliert.

Nach dieser Publikation in der renommierten *Hanser-Reihe* setzte zunächst in der Hamburger »Fabrik« eine breite öffentliche Diskussion über die Neugestaltung der Kulturpolitik in der Bundesrepublik ein. Der Diskurs wurde fortan nicht nur in den Evangelischen Akademien, dem Kulturausschuss des Deutschen Städtetages unter dem Vorsitz von Hermann Glaser und in einigen progressiven Feuilletons, sondern auch in den Kulturämtern und in kommunalen Gremien geführt. Nahezu logisch entwickelte sich daraus die Idee, eine »Kulturpolitische Gesellschaft« zu gründen, wie es dann 1976 auch geschah. Sie sollte zum wichtigsten zivilgesellschaftlichen Forum für eine »Neue Kulturpolitik«, eine kreative Alternative zur etablierten Kultur werden und wurde in Städten wie Frankfurt/Main, Nürnberg, Dortmund, Wuppertal, Köln, München etc. von sozialdemokratischen Kommunalpolitikern verwirklicht. Ausdrücklich forderte die Kulturpolitische Gesellschaft, die tradierte und auf die vorhandenen Kulturinstitute fixierte problematische Einengung des Kulturbegriffs zu überwinden. Das ist mittlerweile gelungen!

Aus dem Geist der Ideen zu einer neuen Kulturpolitik entstand bald darauf, 1981, auf Initiative der Kulturpolitischen Gesellschaft, der Deutsche Kulturrat mit der durchaus beabsichtigten Breitenwirkung eines Lobby-Verbands für Kunst und Kultur im Lande; auch die Gründung des Kulturforums der Sozialdemokratie sehe ich in diesem Kontext. Theorie und Praxis einer »Neuen Kulturpolitik« entwickelten

sich seit den frühen 70er Jahren kontinuierlich weiter. Die heute landesweit etablierten soziokulturellen Zentren belegen das aufs Beste – ein Vorbild in ganz Europa.

Auch wenn die Forderung nach einer »Neuen Kulturpolitik« zunächst ein primär linkes Projekt war, so wurde es doch in den 90er Jahren ein allgemeines. So antwortete die CDU/FDP-Regierung 1990 auf die Große Anfrage »Soziokultur« der oppositionellen SPD mit der Feststellung: »Die Soziokultur als zentrales Element der neuen Kulturpolitik ist in den letzten Jahren zu einer festen Größe im kulturellen Leben der Bundesrepublik Deutschland geworden«. Eine weitere »Große Anfrage Soziokultur« stellte die inzwischen oppositionelle CDU/CSU-Fraktion im Jahre 2000 und erhielt von der Schröder-Regierung durch den neu etablierten Staatsminister für Kultur und Medien einen entsprechenden Hinweis auf die »integrativ-präventive Bedeutung der Neuen Kulturpolitik.«

Fortentwicklung statt vermeintliches Scheitern

Heute sind soziokulturelle Zentren »fester Bestandteil der kulturellen Infrastruktur in Deutschland«, wie es im Schlussbericht »Kultur in Deutschland« des Deutschen Bundestages von 2007 steht. So hat sich die Neue Kulturpolitik kreativ fortentwickelt – was die Vielfalt der soziokulturellen Zentren mannigfaltig veranschaulicht; sie fand in keinem anderen Kulturbereich eine vergleichbare Entwicklung. Wer heute vom »Scheitern« der Neuen Kulturpolitik schreibt, dem mangelt es nicht nur an kulturpolitischen Kenntnissen, sondern auch an der notwendigen intellektuellen Redlichkeit. Mit oberflächlicher Polemik Schlagzeilen gegen sie zu machen ist äußerst kontraproduktiv.

Die Neue Kulturpolitik, die niemals

gegen die etablierten Kulturinstitute gerichtet war, hat sich fantasievoll entfaltet und immer wieder neue gesellschaftliche Aktivitäten hervorgebracht, ja sich schließlich auch mit den etablierten Kulturinstituten verbündet. Allein in Berlin ist diesbezüglich auf die innovativen Darbietungen des alt-neuen Hebbel-Theaters (HAU), auf das multikulturelle Experimentaltheater im Ballhaus Naunynstraße oder gar auf das gesamte Programm des Radialsystems mit Sasha Waltz zu verweisen – alles beispielhafte Leuchttürme einer »neuen« Kulturpolitik!

Den Autoren des »Kulturinfarkts« ist Schlampigkeit vorzuwerfen. Für keinen anderen Bereich der Kulturpolitik ist das Wort Goethes dennoch so treffend wie für die Akteure der Neuen Kulturpolitik: »Es ist nicht genug zu wissen – man muss es auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun.«

Anwenden und tun – dafür stehen die Akteure der Neuen Kulturpolitik in Deutschland. Selbstverständlich gibt es kulturpolitisch noch vieles zu tun. Also packen wir es an!

So sollte die Devise für Deutschland lauten: Den Kulturretat nicht halbieren, sondern verdoppeln. Dennoch sollte keine weitere Oper gebaut, kein neues Museum errichtet und auch kein Theater vergrößert werden, vielleicht auch kein weiteres soziokulturelle Zentrum eingerichtet werden. Was Not tut ist die Sicherung der Kultureinrichtungen, d.h. ihre Finanzierung. Für kreative Innovationen werden ihre Verantwortlichen schon selber Sorge tragen: So könnte dieses Land weitere beispielhafte kulturelle Leuchttürme im krisengeschüttelten Europa errichten.

Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel, Stephan Opitz: Der Kulturinfarkt: Von Allem zu viel und überall das Gleiche. Eine Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention. Albrecht Knaus Verlag, München 2012, 288 S., € 19,99. ■